

**Rezension: Die demografische Lage der Nation – Was freiwilliges Engagement für die Regionen leistet, Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Berlin
März 2011**

Das Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung bringt nun zum dritten Mal Aussagen zur demografischen Lage der Nation auf den Markt und in die aktuelle politische Diskussion. Bereits 2004 gab das Berliner Institut Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung ab, 2006 erfolgte eine weitere Aus- und Bewertung der statistischen Grundlagen. Dazwischen verursachten Studien wie „Not am Mann“, das „Gutachten zum demografischen Wandel im Land Brandenburg“ sowie das Gutachten im Auftrag des BMVBS "Demografischer Wandel – Ein Politikvorschlag unter besonderer Berücksichtigung der Neuen Länder“, die sich ebenfalls mit bereits spürbaren und nahen Zukunftsszenarien einer schrumpfenden Gesellschaft befassten, einigen Wirbel in der politischen Landschaft¹.

Dr. Rainer Klingholz und sein Team sind immer gut für provokante Thesen, die – obgleich bisweilen sehr auf Publikumswirksamkeit ausgerichtet – notwendige gesellschaftliche Auseinandersetzungen vorantreiben wollen.

Die Fakten der jetzt im März erschienenen Publikation allerdings dürften in erster Linie nachdenklich stimmen. Sie lassen ahnen, dass das Ausmaß des Bevölkerungsschwundes nach heutigen Trends noch größer sein wird als die Vorausberechnung der Bevölkerungsprognose des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2009 dies ausweist. Demnach stehen wir erst am Anfang der Schrumpfung und diese ist schon so weit vorgezeichnet, dass direkte Interventionen nichts mehr verhindern können und nur noch Anpassungsstrategien möglich sind.

Die vorgelegte Studie identifiziert für die einzelnen Bundesländer anhand von statistischen Basisdaten nach 22 ausgewählten Indikatoren² sowohl die Boom-Regionen als auch die mit den höchsten demografischen Verlusten und damit den schlechtesten Zukunftsaussichten. Dabei wird deutlich, dass die spürbaren Folgen des demografischen Wandels längst kein ausschließliches Phänomen der östlichen

¹ Der damalige Verkehrsminister und Beauftragte für die Angelegenheiten der neuen Bundesländer Wolfgang Tiefensee stellte die von ihm beauftragte Studie zunächst auf die Webseite des BMVBS, um sie dann schleunigst wieder entfernen zu lassen und untersagte anschließend auch dem Berlin Institut die Verbreitung, weil die Empfehlungen nicht ins politische Konzept passten. U.a. wurde vorgeschlagen, Regionen ohne Entwicklungspotenziale langfristig aufzugeben.

² U.a. Kinderzahl, Wanderung, Bevölkerungsprognose, Einkommen, Beschäftigung, Bildungs- und Arbeitsmarkchancen von Migranten, Jugendarbeitslosigkeit

Bundesländer mehr sind, sondern sich die bislang klare Trennung zwischen Ost und West zunehmend verwischt und die demografische Entwicklung ländlichen Räumen per se Probleme bereitet. Bevölkerungsgewinne gibt es praktisch nur noch im Süden Deutschlands und in einigen urbanen Zentren. Wenn man von einem Gefälle sprechen will, dann ist es inzwischen ein Südwest – Nordost – Gefälle. Gebiete, die ohnehin wirtschaftlich schwächeln, leiden in Folge unter verstärkter Abwanderung, die wiederum der Abwärtsspirale weitere Nahrung gibt. Nur wenn diese Regionen neue Potenziale entfalten können, haben sie eine Zukunft.

Kapitelweise arbeitet das Berlin-Institut für die einzelnen Bundesländer nach regionaler Differenzierung Fakten zu Wirtschaftskraft auf und bewertet deren Zukunftsaussichten. Aufgelockert werden diese Aussagen durch Good-Practice-Projekte aus dem Engagementspektrum.

Angesichts der demografischen Entwicklung lassen sich Erwartungen eines anhaltenden Wohlstandszuwachses mittlerweile nicht mehr erfüllen. Auch der Staat ist an den Grenzen seines Leistungsvermögens angelangt. Deshalb soll die Zivilgesellschaft nun zu einer tragenden Säule im Sozialstaat werden. Es muss allerdings klar sein, so das Berlin-Institut, dass der Staat weiterhin in der Verantwortung steht – für die Schaffung der Rahmenbedingungen, die Zurverfügungstellung der Infrastruktur und das Setzen von Standards.

Im zweiten Teil der Studie werden regionale Untersuchungsergebnisse aus sechs ausgewählten Regionen, die anhand von Indikatoren vier „Problemclustern“ zugeordnet sind, dargestellt³. Im Thüringer Kyffhäuserkreis, im Landkreis Demmin in Mecklenburg-Vorpommern, im Landkreis Wunsiedel in Nordost-Bayern, im Landkreis Holzminden, im Rheinland-pfälzischen Ludwigshafen und in Bremerhaven – ausschließlich Regionen, die stark von Bevölkerungsrückgang betroffen sind – stellte das Wissenschaftlerteam Fragen nach Ausmaß und Formen des Bürgerschaftlichen Engagements.

Es zeigt sich auch hier, dass sowohl die Strategien als auch deren Erfolgsaussichten vielfältig sind. So lebt die eine Region derzeit recht gut von ihrer Akquisestärke, die ihr beträchtliche Fördermittel beschert. Bürgerschaftliches Engagement ganz ohne Entgelt ist hier eher selten zu finden. Andere bringen nicht einmal die Kräfte oder die notwendige Kofinanzierung auf, diese Förderung abzugreifen, selbst wenn solche Finanzspritzen sicherlich keine nachhaltige Lösung bieten. Manchmal helfen auch betuchte Privatpersonen, die bereit sind, einen Teil ihres Vermögens für das Gemeinwohl einzusetzen. Und es gibt auch sie noch vereinzelt: funktionierende

³ Die Clusterbildung erfolgte nach „starker Bevölkerungsrückgang“, Demografische Überalterung“, Bildungs- und Beschäftigungsprobleme Jugendlicher“ und „hoher Migrantenanteil bei gleichzeitig hoher kommunaler Verschuldung“.

Dorfgemeinschaften, die sich um den Fortbestand ihres Lebensumfeldes kümmern und das Miteinander pflegen.

Daneben gibt es Regionen, die ein geradezu strategisches und offensives Umgehen mit dem demografischen Wandel zeigen. Von runden Tischen über Vereinsvielfalt wird alles aufgefahren, so dass das Angebot an Engagement sogar die Nachfrage übersteigt. Nicht selten besteht die Gefahr, dass das „Hineinregieren“ bzw. Vereinnahmung durch die Kommunalverwaltung sich für das ehrenamtliche Handeln als kontraproduktiv erweist. Andere Gemeinden wiederum beklagen das gänzliche Fehlen einer solchen offiziellen Unterstützung. In Regionen mit entsprechender Tradition leisten Mittelständische Wirtschaftsbetriebe mit Stiftungen wertvolle Beiträge. Sie behalten sich dann auch die Kontrolle vor – was den ehrenamtlich Tätigen mitunter missfällt.

Die Beispiele lassen trotz der vielfältigen Bedingungen und Herangehensweisen gemeinsame Schlussfolgerungen zu: Es braucht „Macher“ und Ideen – und daran mangelt es vielerorts. Auch ein Mindestmaß an Infrastruktur muss finanziert werden, deshalb wird bürgerschaftliches Engagement immer auch eine Sockelfinanzierung benötigen, insbesondere wenn es darum geht, Ehrenamtliche professionell zu unterstützen.

Es zeigt sich auch, dass die Zusammenarbeit von Kommune, Vereinen, Verbänden und Bürgerschaft unerlässlich ist, sonst geht der Schuss nach hinten los, es gibt unnötige Reibungsverluste bis dahin, dass Ressourcen schlicht verpuffen.

Betrachtet man die Ergebnisse der Befragung, kommt man nicht um die Einsicht herum, dass manche Region sich künftig von vielen Angeboten verabschieden muss. Auch weil es nicht zwingend überall ein Potenzial von Engagierten gibt. Wir wissen, dass die Bereitschaft, sich für andere einzubringen gering ist, wenn man selbst keine Aussicht auf Arbeit hat und der Lebensunterhalt gefährdet ist. Es gibt nicht überall eine Bürgerschicht, die mit dem Ehrenamt groß geworden ist.

Unter dem Titel „WAS tun?“ leitet das Berlin Institut im Schlussteil der Studie Empfehlungen ab, die auf die Stärkung und den Ausbau des Bürgerschaftlichen Engagements zielen. Als Basis dienten Befragungen von Expertinnen und Experten aus Politik und Gesellschaft, die aus sechs Bundesländern ausgewählt wurden und sowohl Städte als auch Dörfer, demografisch stabile als auch schrumpfende Regionen repräsentieren.

Als Erstes wird die Verbesserung der Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement gefordert. Es brauche Orte der Kooperation, eine Minimalfinanzierung, professionelles Management und Kriterien für eine Evaluation. Die Erkenntnisse des Berlin Instituts bedienen damit die Empfehlungen, die aus dem Nationalen Forum für Engagement und Partizipation heraus formuliert wurden, bislang allerdings nur in

geringen Teilen Eingang in die nationale Engagementstrategie der Bundesregierung gefunden haben.

In der speziellen Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements in ländlichen Regionen sehen die Wissenschaftler ein weiteres Erfordernis. Dabei gäbe es keine Patentrezepte bei der Gewinnung und Aktivierung von Ehrenamtlichen, sondern es sei zu unterscheiden zwischen aktiven und passiven Gemeinwesen, die jeweils andere Strategien fahren müssten. Dabei müsse unter Berücksichtigung der Voraussetzungen eine Konzentration auf die Dinge erfolgen, die jeweils zukunftsfähig scheinen. Wichtig sei es dabei, die potenziellen „Macher“ zu unterstützen.

Auch an die Adresse der Verbände und freien Träger der Wohlfahrtspflege richten sich die Vorschläge verbunden mit einem deutlichen Seitenhieb, dass mitunter eigennützige Zwecke der Organisationen zu einem Ausnutzen von Ehrenamtlichen führten. Hier wird eine höhere Transparenz verlangt, die in einem Offenlegen von Aktivitäten im gemeinnützigen und steuerbegünstigten Bereich münden sollte, um u.a. aufzuzeigen, in welcher Weise und mit welchem Nutzen Freiwillige tätig sind.

Insbesondere Stiftungen, die sich überwiegend und zunehmend ohnehin im Feld der Förderung freiwilligen Engagements bewegen, will das Berlin Institut weiter in die Verantwortung nehmen. Diese würden mit Vorliebe öffentlichkeitswirksame Leuchtturmprojekte unterstützen und unspektakuläre, wenngleich wirksame Projekte gingen leer aus. Deshalb gelte es, Stiftungen dafür zu gewinnen, kontinuierliche und niedrigschwellige Maßnahmen in schrumpfenden Regionen zu unterstützen, um funktionierende Modelle unbürokratisch in die Breite zu tragen.

Zu guter Letzt darf auch die Forderung nach verstärkter Aktivierung der Generation 60plus nicht fehlen. Für die Gewinnung des gut ausgebildeten, wohlhabenderen und gesünderen Potenzials von Menschen aus der Babyboomer-Generation schlägt die Studie u.a. den Einsatz von Freiwilligenkoordinatoren bzw. –managern vor, die bereits in der Vorruhestandsphase potenzielle Freiwillige gezielt „anwerben“ sollten.

Die Studie liefert keine spektakulär neuen Erkenntnisse, doch wieder einmal erweist sich das Berlin Institut als unermüdlicher Rufer im Walde der Unbelehrbaren, wenn es darum geht, mutige Schritte zur Abfederung einschneidender Folgen des demografischen Wandels einzufordern. Die Aufarbeitung des umfangreichen Datenmaterials ermöglicht den schnellen Zugriff auf regionale Daten und Vergleichswerte.

Vermissen lässt die Publikation eine deutliche Ansage Richtung Politik, die ihre Aktivitäten ja gerade und überwiegend auf die Förderung spektakulärer Modellprojekte und –vorhaben beschränkt, die angesichts der vorliegenden Erkenntnisse aus verschiedensten regionalen Gemengelagen nicht unbedingt übertragbar sind. Die Forderung nach unbürokratischer Förderung in die Breite kann

sich nicht allein an Stiftungen richten. Wenngleich es natürlich richtig ist, diese an ihre Freiräume bei der Förderung zu erinnern, die der öffentliche Sektor derzeit leider nicht einräumt.

Aus dem präsentierten Material lassen sich nicht nur Empfehlungen für das Bürgerschaftliche Engagement ableiten. Dieser Fokus ist sicher der Förderung der Studie durch den Generali Zukunftsfonds⁴ geschuldet. Auch für die Bereiche Familienpolitik, Bildungspolitik, Zuwanderungspolitik und Sozialpolitik liefert die Publikation wichtige Denkanstöße, die es wert sind, dass man sie vertieft und weiter verfolgt. Somit gibt sie allen, die in ihrem beruflichen Kontext mit den Auswirkungen des demografischen Wandels bundesweit und regional konfrontiert sind, wichtige Argumente für die Lobbyarbeit und Handlungsempfehlungen an die Hand.

Heidemarie Rubart ist seit 2010 Leiterin des Arbeitsfeldes „Planung, Steuerung und Qualifizierung der sozialen Arbeit und der sozialen Dienste“ im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. Für das BBE nimmt sie die Funktion der stellvertretenden Sprecherin der Arbeitsgruppe Demografischer Wandel wahr.

Kontakt: rubart@deutscher-verein.de

⁴ Der Generali Zukunftsfonds ist u.a. als Change Manager, Vernetzer und Anstifter im Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements tätig und unterstützt Projekte im Bereich 55plus.